Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 249. Dienstag, 23. Oktober 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 28 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Parteiführerwechsel in Deutschland.

Seit den letzten Wahlen zum Reichstage hat man sich in breiteren Kreisen Deutschlands zu überlegen entschlossen, ob die das politische Leben der Gegenwart bestimmenden Parteien wirklich in ihrer Zusammensetzung und Haltung ein Ausdruck der im Volke vorhandenen weltanschaulichen politischen und wirtschaftlich sozialen Strömungen sind, bezw. ob nicht, wie es die Frankfurter Zeitung einmal ausdrückt und bejaht, eine Vereisung, eine Erstarrung des Parteiwesens stattgefunden hat, die den lebendigen Strömungen der Gegenwart einen Panzer auferlegt und diesen Strömungen elastischer angepaßt werden muß, wenn der Panzer nicht eines Tages gesprengt werden soll. Es sind eine ganze Anzahl von Fragen, die nach vielfach herrschenden Ansichten durch die Parteien der Gegenwart zum mindesten in der politischen Praxis nicht befriedigend genug beantwortet werden. Zunächst einmal ist es die in allen Ländern bestehende aber in Deutschland, dem Lande des gründlichen Denkens, besonders tragisch genommene Gegensätzlichkeit zwischen dem politisch weltanschaulichen Programm und den zum Kompromiß drängenden Forderungen des Tages. Es ist überall und im besonderen Maße auch in Deutschland so, daß die Uebernahme politischer Verantwortung im Staate einen gewissen Mut zur Unpopularität erfordert. Das haben die Links- wie die Rechtsparteien besonders in den Auswirkungen der einer Regierungsspanne folgenden Wahlergebnisse zu spüren bekommen. In Deutschland ist der ungünstige Wahlrückschlag auf eine Zeit der Regierungsmitarbeit immer besonders deutlich fühlbar, weil Deutschland als geschlagener Staat naturgemäß nur sehr langsam wirkliche Erfolge in der Außenpolitik wie auch in der wirtschaftlichen Gesundung erringen kann und weil alle Erfolge immer sehr weit hinter den Versprechungen und Zielsetzungen der Parteiprogramme zurückbleiben müssen. Eine ganze Reihe von bedeutsamen Fragestellungen erzeugen diese dynamischen Spannungen innerhalb des deutschen Parteiwesens, sowie innerhalb der einzelnen Parteien selbst. Es sind dies die Stellungnahme zum Staat, d. h. zur Staatsform und ihrer Weiterentwicklung, die Haltung in der Außenpolitik, die grundsätzliche Einstellung zu den wirtschaftlich sozialen Strömungen, zum Staatssozialismus, zur Syndikatsbildung und Vertrustung, zur Handelspolitik und damit im Zusammenhang zur Agrar- und Ernährungsfrage, neuerdings auch zur grundsätzlichen Haltung in der Wehrfrage. Die Stellungnahme zu den meisten dieser Probleme ist nicht eindeutig nach Parteien gruppiert, sondern innerhalb der verschiedenen Parteien bestehen fast durchweg Strömungen verschiedener Art, die diese wichtigsten Fragen der Entwicklung verschiedenartig beantworten. So ist denn nicht nur ein Kampf der Parteien untereinander um die Macht entstanden. Auch innerhalb der Parteien kämpfen die verschiedenen Richtungen, die über die Parteigrenze hinweg wiederum starke Sympathieverbindungen zu verwandten Richtungen in anderen Parteien aufrechterhalten. So kommt es, daß in zunehmendem Maße die Parteimaschinen Störungen und Hemmungen und Funktionsausfälle aufweisen. Besonders bei den Rechtsgruppen haben neue Organisationen, die sogenannten Bünde, versucht, über die Parteien hinweg Einfluß auf die politische Entwicklung zu gewinnen, bisher allerdings ohne besondere praktische Erfolge.

Das fehlgeschlagene kommunistische Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau, das in Vorbereitung befindliche Volksbegehren der Stahlhelmbewegung, das noch keine feste Formulierung gefunden hat, der Rücktritt des früheren Reichskanzlers Marx von der Parteiführung im Zentrum, endlich die Schilderhebung Hugenbergs in der deutschnationalen Volkspartei im Anschluß an eine ganze Kette von Krisen und Mißstimmungen sind der Ausdruck dieser Spannungen innerhalb der Parteien. Das gescheiterte kommunistische Volksbegehren, an welchem sich eine Anzahl pazifistischer Organisationen mitbeteiligten, hat gezeigt, wie stark die Parteiorganisation der Sozialdemokratie ist, die diesen Ansturm von der radikalen Weltanschauungsrichtung her ohne jede Einbuße überstanden hat. Der Plan eines Volksbegehrens, wie er vom Stahlhelm aufgestellt ist, hat die Volkspartei, die zum Eintritt in eine große Koalition auch in Preußen bereitsteht, zum Abbruch der Beziehungen veranlaßt, und auch bei den Deutschnationalen ist man, wie verschiedene Warnungen zeigen, nicht ganz glücklich. Der Rücktritt des ehemaligen Reichskanzlers Marx von der Zentrumsführung ist wohl erfolgt, weil Dr. Marx einer ganz engen und stabilisierten Bindung seiner Partei an eine formelle große Koalition im Reiche wie in Preußen ablehnend gegenüberstand.

Ganz besonderes Aufsehen hat die Berufung des bekannten Politikers und Wirtschaftsorganisators Hugenberg zum deutschnationalen Parteiführer hervorgerufen. Dieser Schritt zeigt den Willen der stärksten Rechtspartei, in scharfe Oppositionsstellung zur Regierungspolitik und zum Staate zu gehen. Herr Hugenberg, der es verstanden hat, seiner politischen Richtung durch Ankauf und Zusammenfassung von großen Zeitungen, Presseorganisationen, Filmunternehmungen eine sehr starke Propagandawaffe zu schaffen, wird wirtschaftspolitisch als Vertreter des Großunternehmertums, politisch als Exponent der alldeutschen und monarchischen Richtung angesehen. Es ist kein Geheimnis, daß er in seiner eigenen Partei starke Gegnerschaft besitzt, hauptsächlich in der christlich-sozial gerichteten Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Der Name des Abgeordneten Lambach spielte eine Zeitlang in einer Auseinandersetzung über den monarchischen Standpunkt der Partei eine Rolle. Die Programmerklärung des neuen Parteiführers lehnt jede Katastrophenpolitik ab und unterstreicht die wirtschaftlichen Gefahren der Entwicklung, wie sie sich aus der Reparationspolitik und der weitgehenden Verschuldung der deutschen Wirtschaft ergeben. Weniger die Einzelfragen der Tagespolitik als die Herausarbeitung der großen grundsätzlichen Gesichtspunkte schwebt dem neuen Parteiführer vor. Die größte deutsche Rechtspartei hat sich damit auf den Weg einer wenigstens nach außen hin klaren Entscheidung begeben und die Kompromißlösung eines Parteidirektoriums aus verschiedenartig eingestellten Mitgliedern abgelehnt. Daß die inneren Spannungen der Partei damit beseitigt sind, wird wohl auch kein Anhänger der getroffenen Entscheidung behaupten. Die durch das letzte Reichstagswahlergebnis eingeleitete neue Phase einer Politik der Zusammenfassung aller Parteienkräfte, die dem neuen Staat bejahend oder doch zu uneingeschränkter Mitarbeit bereit gegenüberstehen und ihre Abgrenzung hat nunmehr einen klaren Ausdruck gefunden. Es wird sich erweisen, wie Regierung und Opposition mit den neuen Problemen der Außen- und Innenpolitik, sowie gegenseitig miteinander fertig werden.

26 Denkschriften liegen der Länderkonferenz vor.

Referat des hessischen Staatspräsidenten Adelung

vdi. Berlin. In der Reichskanzlei in Berlin begannen, wie gestern bereits berichtet, am Montag unter Vorsitz des Reichskanzlers die auf drei Tage berechneten **Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz über das Thema „Schwierigkeiten im Verfassungsleben und Vorschläge zu ihrer Behebung".** Der Ausschuß setzt sich aus 18 Mitgliedern zusammen, von denen je 9 das Reich und die Länder stellen. Unter den Delegierten des Reiches befinden sich auch die bekannten Staatsrechtslehrer Triepel-Berlin und Anschütz-Heidelberg.

Die sachlichen Arbeiten wurden durch die Berichte der drei Referenten Ministerialdirektor Dr. Brecht-Preußen, Ministerialdirektor Dr. Poetzsch-Sachsen und Ministerpräsident Dr. Held-Bayern eingeleitet. Die Referenten konnten sich dabei auf ihre dem Ausschuß schriftlich eingereichten Denkschriften berufen. Brechts Vorschlag geht bekanntlich dahin, **durch Einbeziehung der norddeutschen Länder ein erweitertes Preußen zu schaffen,** das zwar noch einen „Zentrallandtag" aber keine Regierung mehr haben solle und im wesentlichen vom Reiche mitverwaltet würde. Dabei wünscht er, sehr ähnlich der Auffassung des **sächsischen Referenten Dr. Poetzsch,** daß man durch weitgehende Dezentralisierung die Selbstverwaltung der jetzigen Provinzen, die man hernach „Länder" nennen solle, stärke. **Beide wollen also erst das Problem der mittleren Instanz lösen,** weil hier weniger große politische Schwierigkeiten vorlägen. Der bayerische Ministerpräsident, der in einer besonderen Pressekonferenz nochmals die Haltung seiner Regierung darlegte, betonte, daß man vor allem auch die praktischen Schwierigkeiten, die sich im Verfassungsleben gezeigt haben und weniger die theoretischen Probleme erörtern müsse. Er betonte im übrigen stark den bayerischen Willen zur Eigenstaatlichkeit.

Nach den Referenten nahmen in der Generaldebatte der hessische Staatspräsident Adelung, der sächsische Ministerpräsident Heldt und der regierende hamburgische Bürgermeister Dr. Petersen das Wort. Die Beratungen, die für vertraulich erklärt wurden, sind naturgemäß noch zu keinem positiven Ergebnis gediehen. Man rechnet damit, daß zur Bewältigung der überaus schwierigen Materie einige Unterausschüsse eingesetzt werden, die sich mit Spezialfragen zu beschäftigen haben. Wie umfangreich das Material ist, das der Ausschuß zu prüfen haben wird, ergibt sich daraus, daß **bereits jetzt nicht weniger als 26 Denkschriften vorliegen, davon eine von der Reichsregierung und außerdem vier besondere Denkschriften vom Reichsinnenminister, eine vom Reichsfinanzminister, sechs vom Sparkommissar, je eine von Ministerialdirektor v. Leyden für den Reichsrat und vom Statistischen Reichsamt, von Bayern vier, je eine von dem Staatspräsidenten von Württemberg und Hessen, Dr. Poetzsch-Hesser-Sachsen, drei von Ministerialdirektor Dr. Brecht-Preußen und zwei von Prof. Dr. Ramiaski.**

Während der Mittagspause waren die Ausschußmitglieder Gäste des Reichskanzlers. Erwähnt sei noch, daß der preußische Vertreter Dr. Brecht den Entwurf einer Resolution ausgearbeitet hat, die sich mit den Zielen der Konferenz beschäftigt. Man wird diese Resolution am Schluß der Tagung zur Abstimmung stellen, wenn sich entscheidet, ob und welche Unterausschüsse in einer abermaligen, wenn auch nicht wieder mehrmonatigen Pause weitere Vorarbeit für die Lösung des Problems einer sparsameren Staatswirtschaft durch Beseitigung von Doppelregierungen und doppelten Verwaltungsinstanzen vorzubereiten haben.

•

N Berlin. Dem Ausschuß der Länderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform liegt ein umfangreiches Referat des hessischen Staatspräsidenten Adelung vor, das in seinen Schlußbetrachtungen folgende Gedankengänge enthält:

Das Referat geht von der Erkenntnis aus, daß eine **radikale Lösung im Sinne der Herbeiführung des Einheitsstaates noch nicht möglich sei. Auch der Dr. Luthersche Lösungsvorschlag sei im gesamtdeutschen Interesse abzulehnen.** Ein solcher Lösungsversuch würde 7 Millionen Deutsche, die bisher ihre Angelegenheit selbst verwalteten, in einen unbestritten zentralistisch regierten Staat (Reich — Preußen) einbeziehen, wodurch nicht einem zentralisiert regierten, sondern zentralistischen Gesamtdeutschland der Weg geebnet würde. Ein zentralistisch regiertes Reich werde aber von keiner Seite erstrebt.

Das vergrößerte Preußen würde übrigens den noch verbleibenden Ländern mit Eigenstaatlichkeit (Süddeutschland und Sachsen) noch unvermittelter als bisher gegenüberstehen, so daß der Schritt, der als Etappe auf dem Wege zu einheitlicherer Gestaltung Deutschlands gedacht sei, die gegensätzliche Wirkung auslösen müßte.

Man dürfe sich aber den Dingen gegenüber auch nicht negativ einstellen. Möglich seien schon jetzt oder doch in absehbarer Zeit Schritte, die geeignet seien, ohne grundstürzende Aenderungen der Reichsverfassung einem einheitlicheren und zweckmäßiger gegliederten Deutschland näher zu kommen:

1. In territorialer Beziehung sei außer der Beseitigung von Enklaven und Verbesserung der Grenzführung zwischen den einzelnen Ländern vor allem die Frage zu prüfen, ob und an welchen Stellen in Vorbereitung einer günstigeren Neugliederung Deutschlands den Ländern, die nach Größe, Lage, gesamtdeutscher Bedeutung geeignet und dazu bestimmt erscheinen, auch in einem neugegliederten Deutschland Länder zu sein, durch Austausch oder sonstige Vereinbarung mit benachbarten Gebieten nicht schon jetzt die Möglichkeit einer zweckmäßigeren Gestaltung gegeben werden könnte. Es erscheine notwendig, die selbständige Regierungs- und Verwaltungsorganisation derartiger Länder zu erhalten.

2. In dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse klargestellt werden, welche Machtbefugnisse das Reich zur Wahrnehmung der Reichsinteressen nach außen und innen bedürfe. Eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern sei notwendig, um Kompetenzverschiebungen zu vermeiden, die zur Stärkung der Reichsgewalt nicht erforderlich seien und einer als notwendig erkannten Dezentralisation geradewegs zuwiderliefen. Andererseits müsse es Sache der Länder sein, der notwendigen Erweiterung der Machtbefugnisse des Reiches ihre Zustimmung nicht zu versagen. Im Zusammenhang hiermit könne im Zuge der Entwicklung auch schon darangegangen werden, auf hierzu geeigneten Gebieten im Wege des Auftrags alle oder einzelne Länder für die Erledigung von Reichsangelegenheiten heranzuziehen, um der erstrebten Dezentralisation nach Möglichkeit vorzuarbeiten.

3. In den einzelnen Ländern könne auf dem Wege der Verwaltungsreform vielen Beschwerden abgeholfen werden. Sehr zu begrüßen wäre insbesondere die Angleichung des Aufbaues der Behörden und Selbstverwaltungskörper.

Das Referat macht so den Versuch, für die deutsche innerstaatliche Entwicklung in großen Umrissen einen Weg zu zeigen, der, wie man glaubt, den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt, der auch von der Mehrzahl des deutschen Volkes mitgegangen werden könnte, und an dessen Ende ein einheitlicheres und zweckmäßiger gegliedertes Deutschland stände.

Schulkreuzer „Berlin" in Sabang.

X Berlin. Schulkreuzer „Berlin" ist gestern in Sabang eingelaufen.

Italien und die Reparationsfrage.

• Rom. (Tel.) Während der Verhandlungen Parker Gilberts in Paris und London kündigten die italienischen Blätter an, daß der Reparationsagent nach Rom kommen werde, um die italienische Regierung über den Stand der Reparationsfrage zu unterrichten. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß **Parker Gilbert nicht nach Rom kommt,** er hat vielmehr Mussolini **brieflich über das Ergebnis seiner bisherigen Besprechungen unterrichtet** und Italien ersucht, an neuen Verhandlungen teilzunehmen. Einen Brief ähnlichen Inhalts von Schatzkanzler Churchill hat der englische Botschafter in Rom Mussolini überreicht. Giornale de Italia erfährt dazu, daß zum Vertreter Italiens in der nach der Genfer Vereinbarung vorgesehenen technischen Kommission Dr. Pirelli ernannt sei. Die italienische Presse betont weiterhin, Italien müsse darauf bedacht sein, daß die von Deutschland zu zahlende Endsumme mindestens so hoch bemessen werden müsse, daß der Anteil Italiens ausreiche, um die eigenen Kriegsschulden zu bezahlen. Man wolle nicht Opfer bringen, die etwa wieder Frankreich zugute kämen. Die Tribuna äußert die Ansicht, daß eine Revision des Dawesplanes unmöglich sei, wenn Amerika nicht in eine Revision der Kriegsschulden einwillige. Das Blatt beklagt sich, daß Amerika eine Verkoppelung der Kriegsschulden mit der Reparationsfrage ablehne.

SLUB
Wir führen Wissen.